



***EU-Kommunal News der CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament***

***08/2012***

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Mit den besten Wünschen

Ihr Dr. Christian Ehler MdEP

## 1. Öffentliche Konsultationen

**Das Parlament fordert, dass öffentliche Konsultationen in sämtlichen Amtssprachen der EU zur Verfügung gestellt werden.** Nur so könne jeder Unionsbürger von seinem Recht Gebrauch machen, sich in sämtlichen Amtssprachen an die Organe der EU zu wenden. Insbesondere bei Konsultationen dürfe es keine Diskriminierung aufgrund der Sprache mehr geben. Hingewiesen wird auf das Jahr der Bürger 2013, in dem die aktive Mitwirkung der Bürger an der Politikgestaltung in der EU gefördert werden soll, wozu gut geplante und kommunizierte öffentliche Konsultationen gehören. Und schließlich erinnert das Parlament an die Erklärung der Kommission vom 8. Oktober 2010 zur intelligenten Regulierung in der EU, in der sie angekündigt hatte, ihre Konsultationspolitik zu überprüfen.

Entschließung des Parlaments vom 14. 6.2012 unter 2012

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0256+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Allgemeine Grundsätze der Kommission zur Konsultation 11.12.2002 unter

[http://ec.europa.eu/civil\\_society/consultation\\_standards/index\\_de.htm# Toc40694358](http://ec.europa.eu/civil_society/consultation_standards/index_de.htm# Toc40694358)

## 2. Stadtverkehr Termin: 15.10.2012

**Die Kommission hat eine Kampagne für einen umweltfreundlichen Verkehr in den Städten gestartet.** Mit der auf drei Jahre angelegten Aktion in 31 Ländern sollen die Menschen ermutigt werden, in der Stadt unterschiedliche Verkehrsmittel zu nutzen. Unter dem Slogan „Wähle den richtigen Mix“ soll für Vorteile eines ausgewogenen Verkehrsmittelmixes, des sog. Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Zufußgehen), geworben aber auch die Verknüpfung von motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr herausgestellt werden. Dafür stehen 500.000 € zur Verfügung. Es können Fördermittel bis zu 7.000 Euro beantragt werden. Teilnahmeberechtigt sind u.a. Einzelpersonen, Schulen, Kommunen aber auch kommerzielle Organisationen. Die Aktionen müssen zwischen dem 15.11.2012 und 30.6.2013 stattfinden. Im Rahmen der Kampagne werden auch kommunale Pläne zur Förderung nachhaltiger städtischer Mobilität ausgezeichnet. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Oktober 2012.

Die Bandbreite der förderfähigen Aktionen ist äußerst groß. Sie reicht von Mobilitätsangeboten (z. B. Mobilitätsmanagement, Mobilitätszentralen), über Fördermaßnahmen für den Radverkehr (z. B. Radwegenetzkonzept) bis hin zu örtlichen Kampagnen, wie sie in Deutschland durchaus üblich sind (z. B. Mit dem Rad zur Arbeit) oder Werbung für CarSharing-Angebote.

Anmeldung über die – leider nur Englisch verfügbare Website „Do The Right Mix“.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/735&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Kampagne-Webseite unter

<http://www.dotheightmix.eu/>

### **3. Behindertengerechte Städte Termin: 5.9.2012**

**Städte ab 50.000 Einwohnern können sich an einem Wettbewerb für behindertengerechte Städte beteiligen.** In dem Wettbewerb werden Städte mit dem Access City Award 2013 ausgezeichnet, die sich vorbildlich dafür einsetzen, Mobilitätsbarrieren im städtischen Raum abzubauen. Den Preis erhält die Stadt, die in folgenden Bereichen die Mobilität in der Stadt in wesentlichen Aspekten nachweislich erleichtert hat:

- gebaute Umwelt und öffentliche Räume
- Verkehr und entsprechende Infrastruktur
- Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT),
- öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen

Europas Bevölkerung, zu der 80 Mio. Menschen mit leichter bis schwerer Behinderung zählen, lebt größtenteils in städtischen Gebieten. Die Überalterung der Gesellschaft hat zur Folge, dass die Zahl der Menschen mit eingeschränkter Mobilität wächst. Mit einem verbesserten Zugang ist daher auch ein erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Nutzen verbunden. Bewerbungsschluss ist der 5. September 2012.

Zu den Teilnahmebedingungen unter

<http://www.accesscityaward.eu/registration/initialize.xhtm?lang=de>

Ein Leitfaden unter

<http://www.accesscityaward.eu/registration/files/AccessCity-2013-Guidance-note-DE.pdf>

Bewerbungsformular unter

<http://www.accesscityaward.eu/registration/files/AccessCity-2013-Application-Form-DE.pdf>

### **4. Verkehrsunfälle im EU-Ausland Frist: 19.11.2012**

**Schadensersatzansprüche nach Verkehrsunfällen im EU-Ausland sollen leichter durchgesetzt werden können.** Über ein Konsultationsverfahren will die Kommission ermitteln, wie den Opfern geholfen werden kann. Derzeit führen unterschiedliche nationale Vorschriften zu einer verwirrenden Situation für Unfallopfer, die unter Umständen die bisweilen knappen Fristen verstreichen lassen und letztlich überhaupt keinen Schadenersatz erhalten. Jeder Mitgliedstaat hat seine eigenen Verfahrensvorschriften für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und andere gesetzliche

Verjährungsfristen, die zwischen einem und zehn Jahren variieren können. Im Rahmen der Konsultation werden daher insbesondere einheitliche Verjährungs-fristen als ein Lösungsansatz zur Diskussion gestellt. Die Konsultation richtet sich u.a. an Opfer von Straßenverkehrsunfällen, aber auch an Angehörige der Rechtsberufe und Versicherungen. Die Konsultation endet am 19.11.2012

Pressemitteilung der Kommission mit den verschiedenen Verjährungsfristen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/807&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Konsultation (Englisch) unter

[http://ec.europa.eu/justice/newsroom/civil/opinion/121031\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/civil/opinion/121031_en.htm)

## 5. Tourismus

Der Tourismus unterliegt nicht den Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Das ist die Kernaussage des neusten OECD-Berichts über den weltweiten Tourismus. Insgesamt stiegen die internationalen Touristenankünfte in den OECD-Ländern um 4 % und in der EU um 2,7 %. Weltweit hatten 2010 66 % der Reisen weltweit die OECD-Länder als Ziel, davon entfielen 50,2 % auf die EU-Länder. Eine Analyse der neuesten verfügbaren Daten bis 2010 zeigt, dass der Tourismus im Durchschnitt in den OECD-Ländern unmittelbar 4,2 % zum BIP und 5,4 % zur Beschäftigung beiträgt; 4,4 % bzw. 5,7 % in den EU-Mitgliedstaaten. Der OECD-Bericht untersucht 51 Länder, darunter alle Mitgliedstaaten der EU und u.a. Brasilien, Chile, China, Indien. Die länderspezifischen Trends und die jeweilige Politik werden in den einzelnen Länderprofilen näher beschrieben. Des Weiteren werden Empfehlungen für einen umweltfreundlichen und wettbewerbsorientierten Tourismus gegeben.

Zur EU-Tourismusbranche gibt es folgende aktuelle Angaben: 53% der Europäer buchten ihren Urlaub 2011 über das Internet. Als Verkehrsmittel nutzten 2011 78% Auto und Motorrad; 2010 waren es 44%. Für die Übernachtungen werden meistens Hotels oder Mietunterkünfte gewählt. Europäische Reisende suchen Ruhe und Erholung: Dies wurde 2011 von 48% der Urlauber (2010 36%) als Motivation angegeben. Über 50% der EU-Bürger würden einen Ort erneut aufsuchen, der besondere landschaftliche Vorzüge bietet. Mehr als 90% der Befragten waren mit ihrem Reiseziel und mit der Qualität der Unterkunft zufrieden.

Pressemitteilung der Kommission zum OECD Bericht vom 19.7.2012 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/804&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der OECD-Bericht (Englisch) unter

[www.oecd.org/cfe/tourism](http://www.oecd.org/cfe/tourism)

Ein Zusammenfassung auf Deutsch (6 Seiten) unter

[http://www.oecd.org/berlin/OECD%20Tourism%20Trends%20and%20Policies\\_MLS\\_German.pdf](http://www.oecd.org/berlin/OECD%20Tourism%20Trends%20and%20Policies_MLS_German.pdf)

Umfassend zur aktuellen Entwicklung in der EU-Tourismusbranche eine Eurobarometer Umfrage (Englisch, 17 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_334\\_sum\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_334_sum_en.pdf)

und dazu die Pressemitteilung der Kommission vom 5.3.2012 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## 6. Berufskraftfahrer - Fahrerkarte

Für Berufskraftfahrer wird es eine Integration der Fahrerkarte in den Führerschein vorerst nicht geben, nachdem Parlament und Rat diesen Kommissionsvorschlag abgelehnt haben. Die Kommission hatte im November 2011 diesen Vorschlag vorgelegt, um in erster Linie betrügerischen Möglichkeiten einzudämmen. Der Verkehrsausschuss des Parlaments hat aus datenschutzrechtlichen Gründen gegen das Vorhaben gestimmt und gefordert, dass zunächst Tests durchgeführt werden sollen, um herauszufinden, wie praktikabel die Zusammenlegung der beiden Dokumente sei. Der Rat hat den Vorschlag aus Kostengründen verworfen.

Berufskraftfahrer sind nur die Kraftfahrer, die den Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten sowie der Verwendung von Fahrtenschreibern unterliegen. Die Fahrerkarte enthält Fahr- und Arbeitsdaten von Kraftfahrern im gewerblichen Personen- und Güterverkehr.

Der Kommissionsvorschlag vom 11.11.2011 unter

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2011/com2011\\_0710de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2011/com2011_0710de01.pdf)

Das Parlament (zu Kommissionserwägung Nr.12) unter

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/tran/am/895/895942/895942de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/tran/am/895/895942/895942de.pdf)

Der Rat (Englisch) unter

[http://ue.eu.int/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/131236.pdf](http://ue.eu.int/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/131236.pdf)

## 7. Internetsicherheit

Das Parlament hat eine umfassende Internetsicherheitsstrategie gefordert. In einer Entschließung vom 12.7.2012 wurde die Kommission aufgefordert, eine entsprechende Strategie bis Ende 2012 vorzulegen, mit der eine sichere und zuverlässige Infrastruktur und auf offene Standards gestützten Internetsicherheit geschaffen wird. Dazu soll die Kommission u.a. einen Notfallplan vorlegen, der bei

Cyber-Störungen bindende Maßnahmen zur besseren Koordination der technischen und steuernden Funktionen auf EU-Ebene vorsieht. Es sollen sowohl reaktive Maßnahmen Berücksichtigung finden, wie z. B. strafrechtliche, zivilrechtliche und administrative Sanktionen, als auch proaktive Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung von Mindeststandards für Sicherheitsmaßnahmen und die Unterweisung von einzelnen Anwendern, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Vorgeschlagen wird u.a. eine europaweite öffentliche Bildungsinitiative zur Unterrichtung privater und geschäftlicher Endanwender über potenzielle Bedrohungen im Internet, Schulungen und Ausbildungsprogramme zur Informationssicherheit für nationale Strafverfolgungs- und Justizbehörden und die Erstellung eines EU-Lehrplans für akademische Experten im Bereich der Informationssicherheit.

Das Parlament stellt fest, dass es klare Hinweise auf einen bedeutenden Anstieg der Cyberkriminalität in verschiedenen europäischen Ländern gibt, wenn auch statistisch repräsentative Daten zu Cyberangriffen und den dadurch entstehenden Kosten fehlen. Die Kommission wird daher aufgefordert, die Verfügbarkeit repräsentativer Daten zu verbessern. Schließlich soll ein EU-Rahmen für die Meldung von Sicherheitsverletzungen in kritischen Sektoren aufgestellt werden, beispielsweise im Energie-, Verkehrs- und Wassersektor und der Nahrungsmittelversorgung, aber auch im IKT-Sektor und bei Finanzdienstleistungen.

Die Entschließung „Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen: der Weg zur globalen Netzsicherheit“ vom 12.7.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0237+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

#### 8. Offenes Internet Termin: 15.10.2012

Die Kommission hat ein Konsultationsverfahren über Einschränkungen im Internet eröffnet. Ziel ist ein besserer Schutz der Internetnutzer vor willkürlicher Verlangsamung oder Blockade im Netz. Anlass ist eine Studie, in der auf der Grundlage der Befragung von 400 europäischen Betreibern festgestellt worden ist, dass eine Reihe von Festnetz- und Mobilnetzbetreibern und Diensteanbietern zahlreichen Kunden in Europa Beschränkungen auferlegen (Sperrung oder Verlangsamung bestimmter Dienste). Die Studie ist im Auftrag der Kommission von den Leitern der 27 nationalen Regulierungsbehörden erstellt worden, die in der europäischen Regulierungsstelle für elektronische Kommunikation (GEREK) zusammenarbeiten und u.a. das Parlament und die Kommission beraten. Im Rahmen der Konsultation werden insbesondere zu folgenden Themen Stellungnahmen erwartet: Steuerung des Internetverkehrs, einschließlich Engpassmanagement, verwaltete Dienste sowie Daten- und Persönlichkeitsschutz; Transparenz, insbesondere in Bezug auf die tatsächliche Internetleistung (Geschwindigkeit und Qualität); Möglichkeit des Anbieterwechsels für den Kunden; Zusammenschaltungen im Internet zwischen Netzbetreibern.

Das Befragungsergebnis wird in Leitlinien für ein offenes und neutrales Internet einfließen, die 2013 veröffentlicht werden sollen. Interessierte Kreise, u.a. Internet-dienstleister, Kommunen und Verbraucher, können sich bis zum 15. 10.2012 äußern.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/817&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Konsultationspapier (Englisch) sowie weitere Informationen unter

[http://ec.europa.eu/information\\_society/digital-agenda/actions/oit-consultation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/actions/oit-consultation/index_en.htm)

Die Studie von GEREK (Englisch, 4 Seiten) unter

<http://www.erg.eu.int/doc/whatsnew/pr29052012.pdf>

## **9. GPS in der Handtasche**

**Die GPS- Daten können künftig auch mit Handgeräten abgerufen werden.** Das ermöglicht eine von dem europäischen Internetdienst EDAS entwickelte neue Technik. Damit können GPS-Daten, die bisher nur über ein Satellitensignal bereitgestellt wurden, jetzt auch über das Internet abgerufen werden. Nach Angaben der Kommission werden die GPS-Daten über drahtlose Kommunikationstechnologien zuverlässig und präzise übermittelt.

Der EDAS-Dienst ist ein kommerzielles Angebot des Geostationären Navigations-Ergänzungsdienstes für Europa (EGNOS). Er unterstützt viele Anwendungsgebiete wie beispielsweise die automatische Mauterhebung, das Fuhrparkmanagement, das Ausbringen von Dünger mit hoher Präzision sowie Dienste für die Binnenschifffahrt, Gefahrguttransporte oder die exakte Vermessung von Flächen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/856&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **10. Stadtpolitik**

**Die Entwicklung in den (großen) Städten steht im focus der EU-Politik.** Von aktueller Bedeutung ist die zentrale Entschließung des Parlament zur „Stadtpolitik und ihrer Zukunft im Rahmen der Kohäsionspolitik“ vom 23.6.2011. Es folgte die Kommissionsstudie „Städte von morgen“ die nun auch in deutscher Sprache vorliegt. Und aktuell berät der Ausschuss für regionale Entwicklung des Parlaments einen Initiativbericht mit dem Titel „Stadtsanierung als Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik“, der für den 17. September zur Abstimmung vor-gesehen ist.

Entschließung des Parlaments vom 23.6.2011 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0218&language=DE#title1>

Kommissionsstudie „Städte von morgen“ unter

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow\\_summary\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/citiesoftomorrow/citiesoftomorrow_summary_de.pdf)

Der Initiativbericht vom 20.6.2012 (10 Seiten) unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-491.162+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

### 11. Alternde Bevölkerung – Bericht 2012

Die Alterung der Bevölkerung wird zu einer wachsenden Herausforderung für die öffentlichen Finanzen in den EU-Mitgliedstaaten. Das zeigt ein von der Kommission am 2.5.2012 vorgelegter Bericht über die (volks-) wirtschaftlichen Konsequenzen der Alterung. Der Bericht geht von folgenden Prognosen aus: Im Jahr 2060 wird die EU-Bevölkerung 517 Millionen erreichen. Die Lebenserwartung bei Geburt wird sich voraussichtlich für Männer von 76,7 Jahre in 2010 auf 84,6 im Jahr 2060 und für Frauen von 82,5 auf 89,1 erhöhen. Die Geburtenrate in der EU wird voraussichtlich von 1,59 Geburten pro Frau im Jahr 2010 auf 1,71 in 2060 steigen. Die Kumulierte Netto-Zuwanderung in die EU wird bis 2060 voraussichtlich rund 60 Millionen betragen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird voraussichtlich um 15,7 Millionen im Prognosezeitraum zurückgehen, auf 195,6 Millionen im Jahr 2060. Der Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 wird voraussichtlich von 67% auf 56% bis 2060 sinken; der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber wird voraussichtlich von 17% auf 30% steigen. Als Folge würde sich in der EU... das Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter zu Personen über 65 Jahren von 4 zu 1 auf etwa 2 zu 1 verschieben. Die altersbedingten öffentlichen Ausgaben (Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege) werden sich zwischen 2010 und 2060 voraussichtlich um 4,1 Prozentpunkte auf rund 29% des BIP erhöhen.

In dem Bericht werden auf 472 Seiten die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und haushälterischen Prognosen für die EU bis zum Jahr 2060 erstellt. Der Bericht ist in zwei Teile gegliedert: Der erste Teil beschreibt u.a. die Annahmen, die der Bevölkerungsvorausberechnung und Arbeitskräfteprojektionen zugrunde liegen. Der zweite Teil enthält die Projektion der Ausgaben für Renten, Gesundheitsversorgung, der Langzeitpflege, Bildung und Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Ein statistischer Anhang gibt einen länderspezifischen Überblick über die wichtigsten Annahmen und Ergebnisse.

Der 2012 Ageing Report nur in englischer Sprache unter

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2012/2012-ageing-report\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/2012-ageing-report_en.htm)



## 12. Lebensmittel - Sicherheit

Das EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) bewährt sich. Das zeigt auch der Bericht für das Jahr 2011. Es wurden insgesamt 9157 Verstöße gegen das EU-Lebensmittelrecht gemeldet, nach 8528 Meldungen in 2010. Dabei handelte es sich 2011 in 617 Fällen um schwerwiegende Risiken, so Aflatoxine (natürlich vorkommende Pilzgifte) in Futtermitteln, getrockneten Früchten und Nüssen sowie die Freisetzung chemischer Stoffe aus Küchenutensilien aus China. Besonders erfolgreich war die Verstärkung der Sicherheitskontrollen an den EU-Außengrenzen, wo fast die Hälfte der gemeldeten Fälle zurückgewiesen wurde.

Das Schnellwarnsystem RASFF, das 2011 im vierten Jahr in Folge einen Anstieg der Verstöße gemeldet hat, soll die Lebensmittelsicherheit vom Erzeuger bis zum Verbraucher garantieren. Sobald ein Lebensmittelrisiko festgestellt wird, löst das System Abwehrmaßnahmen aus. Alle Nutzer werden dann schnellstmöglich über schwerwiegende Risiken informiert, so dass sie auf Gefahren für die Lebensmittel-sicherheit koordiniert reagieren schützen können.

Pressemitteilung der Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/806&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht 2011 (Englisch 52 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/index_en.htm)

## 13. Frauen in Sportgremien

Die Kommission hat eine bessere Vertretung von Frauen im Sport und in Sportgremien gefordert. Auch der Kampf gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung soll verstärkt werden. Das haben die beiden EU-Kommissarinnen Vassiliou und Reding den Präsidenten des Olympischen (IOC) und des Paralympischen (IPC) Komitees vorgeschlagen. Die Kommission unterstützt schon heute gleichstellungs-bezogene Projekte, an denen diese Sportorganisationen beteiligt sind. Diese Aktionen sollten in einen mit dem IOC und dem IPC zu entwickelnden Rahmen eingebunden werden. Weitergehend wird ein Maßnahmenplan für die Gleichstellung im Sport vorgeschlagen, dessen Zielsetzungen staatliche und nichtstaatliche Organisationen bis 2020 erreichen sollen. Das wird auf dem EU-Sportforum im September in Nikosia im Rahmen der Agenda für Good Governance im Sport zur Diskussion gestellt.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/513&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

Schreiben der Kommissarinnen vom 28.6. 2012 an die Präsidenten (Englisch) unter

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/vassiliou/multimedia/pdf/letterioc\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/vassiliou/multimedia/pdf/letterioc_en.pdf)

## 14. Basiskonto

Das Parlament macht Druck in Sachen „Konto für Jedermann“. Nachdem alle bisherigen Initiativen in der Sache wenig gebracht haben, wird nun die Kommission in einer Entschließung vom 4. Juli aufgefordert, bis Januar 2013 einen verbindlichen Rechtsrahmen für einen Rechtsanspruch aller EU-Bürger auf grundlegende Bank-dienstleistungen (Basiskonto) vorzulegen. Es müsse klar geregelt werden, dass es Banken verboten ist, die Eröffnung eines Basiskontos von Höhe oder Regelmäßigkeit des Einkommens, eines Beschäftigungsverhältnisses, in Anspruch genommene Darlehen, der Höhe der Verschuldung, persönliche Insolvenzverfahren oder künftige Kontenbewegungen des Kunden abhängig zu machen. Der Zugang zu einem Basiskonto sollte kostenfrei sein. Das Konto kann allerdings im Falle von Betrug, Vertrauensmissbrauch oder Dokumentenfälschung geschlossen werden. Und schließlich soll das Recht auf Zugang zu einem Basiskonto unabhängig von der Staatsangehörigkeit für jeden gelten, der seinen rechtmäßigen Wohnsitz in der EU hat.

Derzeit besitzen noch 30 Mio. Personen in der EU über 18 Jahren kein Bankkonto. Betroffen sind u.a. Obdachlose, Menschen mit niedrigem Einkommen, Studenten und im Ausland tätige Arbeitnehmer. Die wesentlichen Funktionen eines Basiskontos ist die Ermöglichung von Bareinzahlungen, Barabhebungen, Gutschriften und Überweisungen sowie das Ausdrucken von Kontoauszügen. Im Rahmen der Beratungen wurde festgestellt, dass sich zwar die Banken in Deutschland, England, Italien, Irland, Slowenien und Luxemburg im Rahmen einer Selbstverpflichtung gebunden haben, aber damit der universelle Zugang zu Konten mit grundlegenden Zahlungsfunktionen nicht wirksam sichergestellt werden konnte. Bewährt hätten sich dagegen gesetzliche Regelungen in Belgien, Frankreich, Finnland und insbesondere Dänemark. 100% der dänischen Haushalte hätten Zugang zu Bankdienstleistungen.

Die Bundesregierung hält eine gesetzliche Regelung für ein Girokonto für jedermann für zulässig, sieht aber angesichts der sich abzeichnenden europäischen Regelung derzeit keinen Handlungsbedarf. In dem als Unterrichtung vorgelegten Bericht der Bundesregierung vom 27.12.2011 zur Umsetzung der Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann wird aber weiterhin ein dringendem Handlungsbedarf festgestellt, da die Kreditwirtschaft keine der Empfehlungen aus dem gemeinsamen Maßnahmenpaket von Staat und Wirtschaft umgesetzt habe.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120704IPR48262/html/Grundlegen-de-Bankdienstleistungen-m%C3%BCssen-f%C3%BCr-alle-EU-B%C3%BCrger-zug%C3%A4nglich-sein>

Entschließung vom 4.7.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Bericht der Bundesregierung vom 27.12.2011 (BT Ds 17/8312, 32 Seiten) unter

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/083/1708312.pdf>

## 15. Nachhaltigkeit in verständlicher Form

In ungewöhnlicher Form hat eurostat Indikatoren zur Beurteilung der Nachhaltigkeit von Entwicklungen veröffentlicht. Nicht Zahlen und Tabellen stehen im Mittelpunkt, sondern die Vorbereitung eines Schülervortrags über nachhaltige Entwicklung. Den Vortrag soll die 17-jährige Schülerin Anne vor einer Gruppe von Schülern aus der ganzen Welt halten. Annes Vortrag geht der Frage nach, ob die EU in den letzten 20 Jahren einer nachhaltigen Entwicklung gefolgt ist. Das untersucht sie anhand von eurostat-Daten zu diesem Thema. Annes Nachbarin, die Journalistin Marta, hilft ihr bei den Vorbereitungen für diese Veranstaltung. Im Laufe des Vortrages werden Sachverhalte des täglichen Lebens angesprochen und behandelt, wie beispielsweise: Wie hat sich unser Klima verändert? In welchem Zusammenhang steht dies mit Energienutzung und Verkehr? Gibt es genauso viele Vögel wie zuvor? In dem fiktiven Schülervortrag werden folgende Themenbereiche angesprochen: BIP Wachstum und Beschäftigung, Energie, Verkehr, regionale Ungleichheiten, Armut und soziale Ausgrenzung, Abfall, Zurückdrängen der Natur, Klimawandel, Globalisierung, internationale Verpflichtungen der EU, alternde Gesellschaft und grünes Wachstum. Zusätzlich gibt es vier Videos, die die statistischen Analysen der behandelten Fragen vervollständigen.

Pressemitteilung mit weiterführenden Hinweisen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/93&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## 16. Niedrigst-Energiehäuser

Für Gebäuderenovierung, insbesondere für Niedrigst-Energiehäuser, sollen Kredite in Anspruch genommen werden können, die die Europäische Investitionsbank in Höhe von 120 Milliarden Euro im Rahmen des „Pakts für Wachstum und Beschäftigung“ im Juni 2012 bereitgestellt hat. Damit soll die Umsetzung der Gebäuderichtlinie vom 28.4.2010 unterstützt und der Bauwirtschaft Impulse für nachhaltiges Bauen gegeben werden. Das hat die Kommission am 31.7.2012 in einer Mitteilung „Strategie für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und seiner Unternehmen“ angekündigt.

Niedrigst-Energiehäuser und Gebäuderenovierung stehen im Mittelpunkt dieser Initiative. Niedrigstenergiegebäude sind nach der Gebäuderichtlinie Gebäude mit einer sehr hohen Gesamtenergieeffizienz, deren fast bei Null liegender Energiebedarf zum größten Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, einschließlich Energie aus erneuerbaren Quellen, die am Standort oder in der Nähe erzeugt wird. Nach der Gebäuderichtlinie müssen ab 31.12.2018 alle von Behörden als Eigentümer genutzte Neubauten und ab 31.12.2020 alle Neubauten als Niedrigstenergiegebäude errichtet werden. Für bereits bestehende Gebäude gilt ab 2020, dass größere Renovierungen gleichzeitig die Energieeffizienz verbessern müssen, sofern dies technisch und wirtschaftlich machbar ist. Die Kommissionsinitiative will das bereits in der Gebäuderichtlinie verbindlich vorgegebene Ziel der energetischen Gebäudesanierung forcieren und damit zugleich das Baugewerbe fördern. Das Baugewerbe erwirtschaftet nahezu 10 % des BIP und gibt 20 Mio.

Menschen – vor allem in Kleinst- und Kleinunternehmen – Arbeit. Das Baugewerbe braucht neue Impulse, weil

- die Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen Januar 2008 und April 2012 in der gesamten EU zu einem Einbruch der Hoch- und Tiefbauaufträge von 17 % geführt hat,
- das Platzen der Immobilienblase die Branche stark getroffen und Arbeitsplätze gekostet und
- die Häufung von Zahlungsverzug die Liquidität der Bauunternehmen zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen haben.

In der Mitteilung vom 31.7.2012 wird als besonderer Schwerpunkt für kurzfristige Maßnahmen die Förderung von Gebäuderenovierungen und Infrastrukturerhaltung hervorgehoben, da auf beide Bereiche ein großer Anteil der gesamten Beschäftigung und Produktion im Baugewerbe entfällt. Insbesondere seien die derzeitige Sanierungsrate von Gebäuden und die Verfahren zur Verbesserung der Energieeffizienz unzureichend, um die Energieeinsparziele der Strategie „Europa 2020“ zu erreichen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/869&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Mitteilung der Kommission vom 31.7.2012 unter

[http://www.bundesrat.de/cln\\_116/nn\\_8694/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/434-12.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/434-12.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_116/nn_8694/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/434-12.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/434-12.pdf)

Zur Gebäuderichtlinie vom 28.4.2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2010-0124&language=DE>

## 17. Müllverwertung

Innerhalb der EU gibt es große Unterschiede in der Müllverwertung. Anhand von 18 Kriterien wurden in einem Bericht die Mitgliedstaaten nach einem Ampelsystem (grün, gelb, rot) bewertet, wie effektiv sie ihre kommunalen Abfälle verwerten. Tabellenführer sind Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden - keines dieser Länder erhielt mehr als zweimal rot. Am anderen Ende der Skala präsentiert sich die Lage genau umgekehrt - grün ist eher selten. Die Spitzenreiter lagern weniger als 5 % ihrer Abfälle auf Deponien ab. Sie verfügen über ausgefeilte Recycling-Systeme und ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten und sind auch bei der Kompostierung leistungsstark. Typisch für diese Länder ist, dass sie in ihren Abfallbewirtschaftungsstrategien rechtliche, administrative und wirtschaftliche Instrumente wirkungsvoll verknüpfen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/888&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Bericht (Englisch 49 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/environment/waste/studies/pdf/Screening\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/environment/waste/studies/pdf/Screening_report.pdf)

## **18. EU-Umweltrecht**

**Die Schweiz hat das Umweltrecht der EU in einer Datenbank veröffentlicht.** In der Datenbank werden wichtige Quellen des Umweltrechts (Recht, Rechtsprechung, Literatur, Veranstaltungen, Institutionen) auf europäischer und internationaler Ebene sowie von ausgewählten europäischen Staaten ausgewertet und erschlossen. Die Fundstellen werden in einer Link-Datenbank zugänglich gemacht. Kurzkomentare geben Hinweise auf den Inhalt der gefundenen Webseiten. In einem "Europa-Fenster" gibt es zudem einen Überblick über die umweltrechtliche Rechtsprechung der EU sowie die EU-Rechtssetzung und umweltpolitische Vorstöße und Strategien in der EU.

Die Datenbank unter

<http://www.bafu.admin.ch/recht/eu-umweltrecht/index.html?lang=de>

## **19. KMU-Finanzierung**

**Die Kommission hat am 15.Juni einen umfassenden Leitfaden für KMU-Finanzierung vorgelegt.** In dem Leitfaden werden Schlüsselinformationen für über 120 nationale oder regionale Finanzierungsprogramme vorgestellt, die es mittleren und kleineren Unternehmen (KMU) erleichtern, verschiedene Programme in Anspruch nehmen zu können. Insgesamt stehen in den 27 Mitgliedstaaten öffentlichen Finanzierungsmittel in Höhe von 50 Mrd. Euro zu Verfügung. Um den KMU eine qualifizierte Beratung bei der Suche nach den infrage kommenden Programmen zu gewährleisten, wurde in einer europaweiten Schulungskampagne das Personal von 600 Partnerorganisationen fortgebildet. Damit soll sichergestellt werden, dass die KMU qualifizierte Auskünfte über europäische und nationale Fördermöglichkeiten erhalten.

Zeitgleich wurde eine Beurteilung öffentlicher Finanzierungsprogramme in fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, England, Polen und Schweden) veröffentlicht. Dabei geht es um den Austausch bewährter Verfahren und eine Bewertung der Programme bezüglich ihrer Funktion und Eignung für die Nutzung in anderen Ländern.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/609&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zum Leitfaden (Englisch) über

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/finance/guide-to-funding/indirect-funding/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/finance/guide-to-funding/indirect-funding/index_en.htm)

Weitere Informationen unter

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/promoting-entrepreneurship/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/promoting-entrepreneurship/index_de.htm)

Bereits Anfang 2012 hatte die Kommission auf 25 Seiten eine erste Zusammenstellung der wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten für europäische KMU veröffentlicht; siehe unter

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/\\_getdocument.cfm?doc\\_id=7270](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/_getdocument.cfm?doc_id=7270)

## 20. De-minimis-Verordnung Termin 18.10.2012

Die Verordnung über geringe Beihilfebeträge (De-minimis-Verordnung) wird überarbeitet. Nach dieser Verordnung bedürfen staatliche Beihilfen unter 200.000 Euro pro Unternehmen nicht der vorherigen Genehmigung durch die Kommission. Die Verordnung läuft am 31. Dezember 2013 aus und steht folglich zur Überprüfung an. In einem öffentlichen Konsultationsverfahren sind u.a. staatliche Behörden und Kommunen aufgefordert worden, über ihre Erfahrungen bei der Anwendung dieser Verordnung zu berichten. Die eingehenden Beiträge sollen in die für Ende 2013 angekündigte überarbeitete Fassung der Verordnung einfließen. Die Konsultation läuft bis zum 18.10.2012.

Konsultation unter

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_de\\_minimis/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_de_minimis/index_de.html)

Fragebogen unter

<http://www.microsoft.com/de-de/download/details.aspx?id=3>

## 21. Versicherungsvertreter

Versicherungsvertreter sollen künftig dem Kunden ihre Provision mitteilen, die sie für den Vertragsabschluss erhalten. Für Lebensversicherungen – wo die Provisionen besonders hoch sind – soll das ab 2015 gelten; im Übrigen – z.B. bei Kfz - Versicherungen - nach einer Übergangsperiode von 5 Jahren im Jahr 2020. In dieser Übergangszeit muss die Höhe der Provision nur auf Nachfrage offengelegt werden. Wenn sich die Vermittler als „unabhängig“ bezeichnen, dürfen sie von Dritten keine Vergütung, ob nun Courtage oder Gebühr genannt, erhalten, sondern nur ein Honorar vom Kunden. Und schließlich muss dem Kunden künftig mitgeteilt werden, für wen der Versicherungsvertreter arbeitet. Diese Neuregelungen zum Schutze der Verbraucher sieht eine Novelle der Richtlinie für Versicherungsvermittlung vor, die die Kommission am 03.07.2012 vorgelegt hat. Die neuen (Verbraucherschutz-) Vorschriften sollen nicht nur wie bisher für Vermittler oder Makler, sondern auch für Versicherungsunternehmen selbst gelten. Die Neuregelung bedarf der Zustimmung durch das Parlament und den EU-Ministerrat.

Kommissionsvorschlag (100 Seiten) vom 3.7.2012 unter

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/consumers/mediation/20120703-directive\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/consumers/mediation/20120703-directive_de.pdf)

Informationen (Englisch) zur Revision der Versicherungsvermittlungsrichtlinie unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/516&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Pressemitteilung u.a. zur Novelle der Versicherungsvermittlungsrichtlinie unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/736&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umfassend zum Vorschlag einer Überarbeitung der Richtlinie über Versicherungsvermittlung unter

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/consumer/mediation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/consumer/mediation/index_de.htm)

## 22. Kulturerbe Termin: 1.10.2012

Auch 2013 wird der Europäische Preis für das Kulturerbe vergeben. In Zusammenarbeit mit Europa Nostra, dem europäischen Verbund nichtstaatlicher Denkmal-pflege, wird dieser „Europa Nostra Award 2013“ von der Kommission für herausragende Leistungen im Bereich des Schutzes und der Erhaltung des kulturellen Erbes verliehen. Ausgezeichnet werden Leistungen in den Kategorien „Erhaltung“, „Studien und wissenschaftliche Arbeiten“, „Leistungen von Einzelpersonen oder Organisationen“ sowie „Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung“. Bewerben können sich kleine wie große Initiativen, die lokal, national oder international ausgerichtet sein können. Bis zu sechs Projekte werden mit dem Hauptpreis in Höhe von 10 000 Euro prämiert. Bewerbungen können nur in englischer oder französischer Sprache bis zum 1. Oktober 2012 eingereicht werden.

Weiteres unter

<http://www.europanostra.org/apply-for-an-award-2013>

## 23. Fotowettbewerb

Die Kommission hat einen Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ ausgeschrieben. Dabei geht es um Fotos von Projekten, auf denen zu erkennen ist, dass dieses Projekt mit regionalen EU-Fördergeldern finanziert worden ist, z. B. ein Hinweisschild oder eine Erinnerungstafel mit der EU-Flagge und den Investitionshinweisen udgl. Die Fotos können auf der Facebook-Seite der Kommission gepostet werden und stehen dort zwischen dem 27. 8. und dem 11.9. zur Abstimmung.

Einzelheiten zum Wettbewerb unter

[https://www.facebook.com/EuropeanCommission/app\\_386310531430573](https://www.facebook.com/EuropeanCommission/app_386310531430573)

#### 24. Parlament-Info in Echtzeit

In Echtzeit gibt es jetzt alle Online-Informationen der EU-Abgeordneten, der Fraktionen und der Parlaments-Nachrichtendienste. Mit dem neuen „Newshub“ können interessierte Bürger in mehreren Sprachen alles verfolgen, was EU-Abgeordnete in den sozialen Netzwerken veröffentlichen. Europa setzt in der Kommunikation mit den Bürgern damit verstärkt auf Facebook, Twitter und andere soziale Netzwerke. Der neue Dienst ist einerseits ein Fenster, durch das die Bürger einen tiefen Einblick in die parlamentarische Arbeit erhalten, und andererseits eine offene Tür, um mit den Europaabgeordneten in einen unmittelbaren Dialog zu treten.

Die Abgeordneten aus Deutschland und Österreich unter

<http://www.epnewshub.eu/#/template=newslist>

Alle Abgeordnete unter

[http://www.epnewshub.eu/#/template=contributors&contributor\\_type=mep&mp=2-0-0](http://www.epnewshub.eu/#/template=contributors&contributor_type=mep&mp=2-0-0)

#### 25. Euro am Scheideweg?

Bundeszentrale für politische Bildung hat eine Broschüre „Euro am Scheideweg?“ vorgelegt (Adenauerallee 86, 53113 Bonn). Darin werden auf 8 Seiten anschaulich und verständlich die Vorgeschichte und die Entstehung der Eurokrise dargestellt und die Reaktionen und Strukturen der Rettungsmaßnahmen beschrieben.